

FOKUS. Auf den Punkt:

10 Punkte für eine bessere Entwicklung der Stadt Luxemburg

EINLEITUNG

Die Stadt Luxemburg hat sich im Lauf der Zeit zur nationalen und großregionalen Metropole entwickelt. Ihre großartige geografische und landschaftliche Lage im Zusammenspiel mit einem attraktiven Kulturangebot hat sie auch zu einem beliebten Besucherziel gemacht. Die Politik muss die Metropolfunktion der Hauptstadt stärken, sie wieder zunehmend zu einem erschwinglichen und anziehenden Wohnort machen und eine nachhaltig positive Entwicklung der Lebensqualität bewirken.

Die klassischen vier urbanen Grundfunktionen – wohnen, arbeiten, sich erholen, sich versorgen – sollen besser miteinander verbunden werden. Nur eine bessere städtische Komposition kann zur Verringerung des Verkehrs und damit zur Erhöhung der allgemeinen Lebensqualität beitragen. Die Stadt Luxemburg muss zu einer modernen « Stadt der kleinen Wege » werden.

Der Stadtkern muss für Bewohner wieder attraktiv werden. Viele Flächen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg müssen dringend lebensfreundlicher gestaltet werden und dem Zusammenleben neuen Schwung verleihen. Dazu zählen Flächen wie die Gleisanlagen im Bahnhofbereich oder das Glacis-Feld. Diese Flächen und viele weitere stellen ein enormes Potential dar, die zur « inneren Stadterweiterung » herangezogen werden sollen.

FOKUS will mit diesem Wahlprogramm für die Stadt Luxemburg erläutern, wie wir uns die Orientierung unserer Stadt in den kommenden Jahren vorstellen. Nicht alles, was aktuell in der Stadtpolitik passiert, ist schlecht – doch mit Mut zur Veränderung dort, wo es besonders notwendig ist, können wichtige Herausforderungen endlich angepackt werden. Dazu zählen die Sicherheit, das Zusammenleben in den Stadtvierteln, die Bürgerbeteiligung, die Mobilität, das Wohnungswesen, das Geschäftsleben und die Herausforderungen, die der Klimawandel für die Hauptstadt mit sich bringt. In diesen Bereichen besteht besonderer Handlungsbedarf. Eine Stimme für FOKUS bedeutet eine Stimme für mutige und nachhaltige Lösungen in diesen Themenfeldern.

Kurz und knapp, auf den Punkt gebracht:

I. KOMMISSION FÜR DIE ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN

Bestehend aus politischen Vertretern, Bürgern und Vertretern der Syndikate der Stadtviertel. Neue Projekte und Ideen sollen in dieser Kommission besprochen und auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden. Koordination und Durchführung von Bürgerforen und Bürgerversammlungen.

II. DIE STADTVIERTEL BELEBEN

Alle öffentlichen Plätze in der Stadt sollen zu grünen Oasen werden, zu Orten der Begegnung aller Generationen. Neugestaltung des Glacis-Feldes und „Stadt der kurzen Wege“.

III. EIN ATTRAKTIVES GESCHÄFTSLEBEN

Das kommerzielle Angebot muss sich divers und dynamisch weiterentwickeln. Leerstand und Spekulation auf hohe Mieten muss bekämpft werden. Die Grundsteuer auf ungenutzte Gewerbeflächen muss erheblich angehoben werden.

IV. LEBEN IN SICHERHEIT

Mehr Polizeipräsenz. Der Innenminister muss auch Polizeiminister sein. Er kann das Polizeikorps in seinem Einsatz in den Gemeinden des Landes zusammen mit den Bürgermeistern organisieren und koordinieren.

V. WOHNUNGSWESEN

Grundsteuer auf unbebaute und ungenutzte bebaute Grundstücke muss angehoben werden. Für selbstgenutzten bzw. als Mietobjekt zur Verfügung gestellten Wohnraum soll sie hingegen abgeschafft werden. Eine „emphytheotische“ (auf Basis von Erbpachtverträgen) Bauoffensive soll an planerisch sinnvollen Stellen stattfinden. Die Bauauflagen sollen auf das reduziert werden, was wirklich notwendig ist.

VI. NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN, FREIZEIT UND ERHOLUNG

Naturräumliche und ökologische Gegebenheiten sind als Grundlage der Stadtentwicklung zu erhalten, sichtbar und erlebbar zu machen. Der Bestand an Bäumen muss erhöht und regeneriert werden. Turnsäle, Sporthallen, Sportflächen und verschiedene Schwimmbäder sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Spielstraßen, Spielhäuser, Freizeit- und Kommunikationsräume sollen errichtet werden.

VII. MOBILITÄT

Ausbau von P&R-Möglichkeiten und des öffentlichen Transports sowie Fußgänger- und Fahrradwegen. Das Stadttinnere soll zunehmend zu einer autofreien Zone werden. Verkehrsberuhigung muss durch bauliche Maßnahmen erreicht werden. Mehr Sicherheit auf Fuß- und Fahrradwegen.

VIII. GLEICHE BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE

Die Konzentration von Bildungseinrichtungen wie z.B. auf dem Limpertsberg soll mittel- bis langfristig entflechtet und zukünftig vermieden werden. Bildungseinrichtungen müssen über das gesamte Stadtgebiet verteilt sein.

IX. GEMEINDEFUSIONEN

Gemeindefusionen und bessere Zusammenarbeit ergeben landesweit Sinn. Auch die Gemeinden Luxemburg, Walferdingen, Strassen, Bartringen und Hesperingen sollen mittel- bis langfristig zusammenwachsen. Eine Vorstufe hierzu würde eine „communauté urbaine“ darstellen, die über eigene Zuständigkeiten verfügt und eigene politische Beschlussorgane besitzt.

X. HAUSHALTWESEN UND FINANZEN

Kostenintensive Fakultativaufgaben sollten eingehend auf ihren Nutzen hin überprüft werden. Sämtliche Einsparungen der kommunalen Ausgaben sollen ihren Niederschlag in einer Reduzierung der Taxen, Abgaben und Steuern finden.

KOMMISSION FÜR DIE ZUKÜNFTIGEN GENERATIONEN

Um den Bürgerdialog zu stärken und die politischen Entscheidungen nachhaltiger zu gestalten soll eine neue Kommission ins Leben gerufen werden, die sich besonders mit den langfristigen Konsequenzen heutiger Entscheidungen beschäftigt. Eine solche Kommission sollte in ihrer Zusammensetzung die ganze Diversität der Stadtbevölkerung reflektieren und sich unabhängig von aktuellen Zwängen damit befassen, wie die Lebensqualität der Stadt Luxemburg auch für zukünftige Generationen gewährleistet werden kann.

Demnach soll diese Kommission dazu beitragen das soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Wohlergehen der nachfolgenden Bevölkerungen zu verbessern. Sie besteht aus politischen Vertretern und Bürgern der Stadt Luxemburg. Die dynamischen Syndikate der Stadtviertel sollen auch vertreten sein. Neue Projekte und Ideen sollen in dieser Kommission besprochen und auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden. Sie kann ferner bei der Koordination und der Durchführung von Bürgerforen und Bürgerversammlungen eine wichtige Rolle übernehmen.

DIE STADTVIERTEL BELEBEN

In allen Stadtvierteln sollen lebensfähige Ortskerne geschaffen werden. Das Ziel der polyzentrischen Stadtstruktur, einst in den ersten Bebauungsplänen (PAG) der Stadt fest verankert, wurde leider nie umgesetzt – mit der Konsequenz, dass in vielen Stadtvierteln eine eigene soziale Dynamik fast völlig fehlt. Auch Dienstleistungen müssen sich nah am Bürger befinden. Die Stadtviertel müssen so gestaltet sein, dass alltägliche administrative Aufgaben erfüllt werden können, ohne weite Wege zu gehen.

Alle öffentlichen Plätze in der Stadt, vor allem der Pariser Platz, der Platz Guillaume, der Theaterplatz, Place de la Gare, Place de l'Europe und die Place August Laurent, sollen zu grünen Oasen der Kühle und Ruhe werden. Dazu sollen die befestigten Oberflächen auf das Notwendigste verringert und kühlende Wasserelemente errichtet werden. Auch dürfen Trinkbrunnen und Nebeldüsen nicht fehlen. Attraktive Sitzmöbel sollen das Ganze abrunden.

Alle technischen Schränke der POST und anderer Unternehmen sollen entweder unterirdisch verlegt oder in die umliegende Bausubstanz integriert werden. Dies gilt auch für die Sammelstellen von Altpapier, Glas und Altkleider.

Um dem permanenten Aufreißen der Hauptverkehrsstraßen zur Renovation und Erneuerung der technischen Leitungssysteme (Wasserleitung, Elektrizitätsleitung, Gas/Wasserstoffleitung, Abwasserkanal, Fernwärmeleitung, Kommunikationsleitung) einen Riegel vorzuschieben, sollen langfristig begehbare technische Kanäle installiert werden.

Ein besonderes Augenmerk gilt dem tristen Glacis-Platz. Das Glacis ist ein hochwertiges innerstädtisches Gebiet mit einem enormen qualitativen und quantitativen Entwicklungspotential. Deswegen muss dieses Areal auf eine sinnvolle Art und Weise genutzt werden, wenn man das Prinzip der nachhaltigen Stadtentwicklung auch nur ansatzweise ernst nimmt. Eine zukunftsorientierte Stadtpolitik darf hier nicht weiterhin einen großen Autoparkplatz unter freiem Himmel betreiben. Die Stadt Luxemburg und ihre Besucher haben Besseres verdient.

FOKUS möchte, dass das Glacis-Feld urbanistisch zu einem Begegnungsort umgestaltet wird, der vielseitig nutzbar und optimal an das Stadtzentrum angeschlossen ist. Für die Nutzung des Platzes selbst würde sich eine Markthalle anbieten, in der die Wochenmärkte ebenso ihren Platz finden werden wie Floh- und Büchermärkte, kleine ambulante Läden und

Gastronomiebetriebe. Daneben bietet sich die Möglichkeit einer ansprechend gestalteten offenen Fläche, die teils als Ergänzung des Stadtparks genutzt werden kann – mit Wasserelementen und kulturellem Angebot. Über eine dort anzusiedelnde Bademöglichkeit unter freiem Himmel ist ebenfalls nachzudenken.

Unter dem Glacis-Platz kann ein unterirdisches Parkhaus entstehen, das den bereits vorhandenen unterirdischen Parkraum ergänzen wird. Ziel soll sein, über das Glacis-Feld schnell und ohne Auto ins Stadtinnere zu gelangen, das sich zu einer autofreien Zone entwickeln soll. Zusätzlich zu Tram, Bus und Fahrrad soll auch für Fußgänger ein schneller Zugang zur Innenstadt möglich sein, zum Beispiel durch überdachte/unterirdische Rollteppiche, die die Menschen vom Parkhaus binnen weniger Minuten ins Stadtzentrum transportieren. Die Einkaufsstraßen und Restaurants wären so schnell erreichbar, für Jung und Alt, bei jedem Wetter.

Die Schobermesse ist auf dem Glacis-Platz an ihre Grenzen gestoßen, mit der Tram-Linie ist jeder weitere Ausbau unmöglich. Die „Fouer“ soll deshalb verlegt werden, sei es auf freie oder freiwerdende Flächen auf Kirchberg (wenn zum Beispiel die Messehallen in die Gegend des Stadions verlegt würden) oder eben selbst an den Südrand der Stadt in Stadion-Nähe – beide Standorte sind mit der Tram erreichbar und bieten ausreichend Parkmöglichkeiten, ohne ganze Stadtviertel während Wochen lahmzulegen.

EIN ATTRAKTIVES GESCHÄFTSLEBEN

Die schleichende Entwicklung zu einer monolithischen Geschäftsstruktur der City durch eine zunehmend ungesunde Überzahl von Franchiseläden im Bekleidungssektor muss gebremst werden. Zur Steigerung der Attraktivität des Stadtkerns als wahre Einkaufsstadt sollte eine teilweise Überdachung der Hauptgeschäftstraßen angestrebt werden.

Eine solche Attraktivität kann auch nur dann erreicht werden, wenn sich das kommerzielle Angebot divers und dynamisch weiterentwickelt. Imbissstände oder Foodtrucks wie etwa in Köln, Wien, München, Crêpe-Läden wie in Paris oder andere Stehimbisse, wie in vielen spanischen Städten, fördern nachweislich die allgemeine Attraktivität einer Stadt. Deshalb wollen wir diese an ausgewählten Standorten genehmigen und ihren Betrieb fördern. Dies gilt auch für Biergärten in Parks und generell auf öffentlichen Plätzen.

Die Grundsteuer auf ungenutzte Gewerbeflächen muss erheblich angehoben werden. In der Hauptstadt gibt es viel zu viele leerstehende Geschäftsflächen, oft deshalb, weil sie mit zu hohen Mieten versehen sind. Eine attraktive Stadt kann sich länger leerstehende Gebäude nicht leisten. Dies gilt im Übrigen für den gesamten Baubestand der Oberstadt, weit über die kommerziell nutzbaren Erdgeschosse hinaus.

Es müssen zusätzliche Flächen zur Ansiedlung oder Weiterentwicklung von Geschäftsbetrieben ausgewiesen werden, die nicht lediglich an den Stadteingängen zu verorten sind, wie auf der „Cloche d’or“. Handel und Handwerk gehören in eine lebendige Stadt hinein. Die Ansiedlung von handwerklichen Betrieben in Wohngebieten soll wieder möglich sein – hier geht es uns nicht um Industrie, sondern um handwerklichen Handel, der die Stadtviertel bereichern wird.

Die Hauptstadt soll in Zukunft eine marktorientierte Wirtschaft- und Budgetpolitik betreiben, wobei eine ausgewogene Stadtstruktur und eine Verbesserung der Zuordnung von Wohn- und Arbeitsplätzen in allen Stadtvierteln geschaffen werden soll.

LEBEN IN SICHERHEIT

Die Sicherheitsmaßnahmen durch die Polizei sollen verstärkt werden. Die Anzahl der Kommissariate ist entsprechend dem örtlichen Bedarf zu erhöhen, auch in neu entstehenden Wohngebieten, um durch verstärkten Einsatz von Fußpatrouillen eine Verbesserung der Kontakte zwischen Polizei und Bevölkerung zu erreichen und deren Sicherheitsempfinden zu verstärken. Die Präsenz der Polizei sollte auch in unmittelbarer Nähe der Schulen gewährleistet sein.

Damit eine Reorganisation der Polizei tatsächlich funktioniert, muss der Innenminister auch Polizeiminister sein. Er kann das Polizeikorps in seinem Einsatz in den Gemeinden des Landes zusammen mit den Bürgermeistern, die für Polizeigewalt in ihrem Gemeindegebiet zuständig sind, organisieren und koordinieren. In den Gemeinden, in denen komplexe Sicherheitslagen bestehen, müssen verstärkt Polizisten eingesetzt werden. Deshalb brauchen wir eine Einsatzplanung, die gemeinsam mit den beteiligten Bürgermeistern erstellt und umgesetzt wird. Ein Teil der Polizei sollte als kommunale Polizei eingesetzt werden, und der Innenminister sollte ermächtigt und in der Lage sein, die Beamten dieses Teils der Polizei für besondere und gezielte Einsätze an die Bürgermeister zu delegieren.

Die Belange der polizeilichen Sicherheit sind bei der Stadtplanung und Realisierung baulicher Anlagen zu berücksichtigen. Dienstwohnungen für Polizisten mit ihren Familien sollen wieder, über das Hauptstadtgebiet verteilt, angeboten werden. Die Stadt muss ihre Straßen und Wege so konzipieren und beleuchten, dass eine sichere Nutzung sich schon aus Helligkeit und Beschaffenheit der Infrastruktur ergibt.

Soziale Infrastrukturen wie etwa Fixerstuben, Obdachlosenheime, Flüchtlingsheime sollen nicht mehr konzentriert in einem Stadtviertel betrieben, sondern dezentral über mehrere Standorte verteilt werden.

Wir lehnen den Einsatz privater Sicherheitsunternehmen, der nur über die Unmöglichkeit des normalen und effektiven Einsatzes der Polizei hinwegtäuschen soll, strikt ab. Für FOKUS kommt eine Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols nicht in Frage. Ein privates Sicherheitsunternehmen ist nicht der Staat. Auch ein generelles Verbot der „Heescherei“ lehnen wir ab. Kriminalität; Überfälle, Angriffe, Einbrüche (..) gehören konsequent verfolgt und bestraft, ob „Heeschert“ oder nicht.

WOHNUNGSWESEN

Trotz der staatlichen Bemühungen im Bereich des Wohnungswesens bleibt die Stadt nach 18 Uhr eine lebensarme Stadt. Die Einwohner wurden im Laufe der Zeit systematisch aus der Stadt verdrängt. Nur 19,9 % der Gesamtbevölkerung unseres Landes leben heute in der Hauptstadt. Während der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war es noch fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Nachdem in den achtziger Jahren die Einwohnerzahl auch absolut schrumpfte, betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung im Jahre 2001 nur noch ganze 17,45%.

Durch die Erhöhung der Wohnungspreise können sich in Wirklichkeit nur noch die Bessergestellten eine Wohnung in der Hauptstadt leisten. Genau hier liegt ein grundlegendes Problem: es wird keine dynamische Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt geben, wenn immer weniger Menschen tatsächlich hier leben. Deshalb ist es dringend notwendig, ein erschwingliches Wohnangebot in der Stadt zu schaffen und Menschen als Einwohner anzuziehen. Zu diesem Zweck muss der Zweckentfremdung von bestehendem Wohnraum schnell Einhalt geboten werden. In der Oberstadt, auf

Limpertsberg, auf dem Belair, um nur diese zu nennen, wird aktuell im großen Stil Wohnraum teuer für andere Zwecke zur Verfügung gestellt. Gerade in diesen klassischen Wohnvierteln darf dieser Zustand nicht weiter andauern.

Tatsächlich war die Stadt Luxemburg augenscheinlich bemüht, staatlich geförderten Wohnungsbau zu verhindern. Paradebeispiel ist die « Sauerwiss » in Gasperich. Die Schaffung eines echten neuen Stadtviertels mit mehr als 600 Wohnungen durch den Wohnungsbaufonds wurde während 20 Jahren erfolgreich ausgebremst. Am Ende entstand dann doch die Sauerwiss, die heute ein beliebtes Wohngebiet mit vielen sozio-ökonomischen Infrastrukturen ist. Solche Initiativen muss die Stadt selbst ergreifen, anstatt sie zu blockieren.

FOKUS schlägt eine großangelegte „emphytheotische“ (auf Basis von Erbpachtverträgen) Bauoffensive an solchen Stellen vor, wo eine erhebliche Erhöhung der Einwohnerzahl planerisch sinnvoll ist. Dort also, wo der Anschluss an den öffentlichen Verkehr, Infrastrukturen und/oder Arbeitsplätze vorhanden sind oder entstehen können. Die Planung muss im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt Luxemburg stattfinden. Fehler der Vergangenheit bei der Planung neuer Wohngebiete müssen vermieden werden.

Die Grundsteuer auf unbebaute und ungenutzte bebaute Grundstücke muss erheblich angehoben werden. Sie muss zu einer Steuer auf potenziellen Wohnraum werden, die die Nicht-Nutzung von möglichem Wohnraum deutlich verteuert. Für selbstgenutzten bzw. als Mietobjekt zur Verfügung gestellten Wohnraum will FOKUS die Abschaffung der Grundsteuer.

Zur Vermeidung sozialer Segregationseffekte sind vermehrt familiengerechte Wohnungen sowie betreute Wohnungen und Pflegeheimstätten für ältere Menschen zu schaffen. Mindestens 10% aller Wohnungen, die durch private und öffentliche Bauherren errichtet werden, sollen barrierefrei ausgebaut werden.

Neubau ist heute mit so vielen Anforderungen belastet, dass er nicht nur teurer ist als er sein sollte, sondern auch immer komplizierter wird. Die Isolationsstandards sind streng, Wärmepumpen sind Pflicht, moderne Gebäude werden immer steriler. Gleichzeitig fallen bestehende Altbauten komplett aus der Neubaulegung heraus und laufen Gefahr, nicht mehr für Wohnungsbauverträge genutzt zu werden – eine desaströse Aussicht bei der sich in Luxemburg abzeichnenden Bauknappheit. FOKUS will, dass vorhandener Wohnraum weiter genutzt werden kann und die Bauauflagen auf das reduziert werden, was wirklich notwendig ist. Es müssen Flächen ausgewiesen werden, auf denen sogenannte Tiny Houses entstehen können. Auch das Konzept der Mehrgenerationenhäuser soll weiter ausgebaut und unterstützt werden.

Durch staatliche Initiativen wurden auf dem Gebiet der Hauptstadt insgesamt mehr als 4.000 Wohnungen errichtet, so dass das tagtäglich erwähnte Baulückenprogramm der Stadt Luxemburg mit insgesamt 136 Wohneinheiten mehr als übersichtlich erscheint. Es ist noch sehr viel Luft nach oben – wenn man denn will, dass die Stadt wächst, Einwohner sich hier wohlfühlen und sich die Stadt wieder leisten können. FOKUS will genau das.

NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN, FREIZEIT UND ERHOLUNG

Die Stadt ist nicht nur bebauter Raum – sie ist und muss ebenfalls Grünraum sein. Dieser besteht aus einer Vielfalt an Grünräumen, die die Stadt atmen lassen und gleichzeitig für unterschiedliche Nutzungen, in erster Linie für Freizeit und Erholung, zur Verfügung stehen. In diesen Grünräumen muss die Erhaltung der Biodiversität erheblichen Stellenwert genießen.

Die naturräumlichen und ökologischen Gegebenheiten sind als Grundlage der Stadtentwicklung zu erhalten, sichtbar und erlebbar zu machen. Die Landwirtschaft, inklusive des Garten- und Obstbaus, ist durch Sicherung ihrer Produktionsvoraussetzungen im Stadtgebiet möglichst zu erhalten und zu fördern.

Grünflächen, die mit dem großen Grüngürtel der Stadt verbunden sind, versorgen die Stadt mit Frischluft, regulieren das Stadtklima und erhöhen somit wesentlich die Lebensqualität in der Stadt. Deswegen sollten sämtliche Grünflächen, d.h. Parkanlagen, Kinderspielflächen, Friedhöfe und andere, durch Grünschnitten mit Fuß- und Radwegen miteinander verbunden werden. Die Wälder im Stadtgebiet sind zu erhalten und im Sinne ihrer Wohlfahrts- und Erholungswirkung zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Besonders ausgeprägte Ökotope und Bereiche landschaftlicher Eigenart sollen in ihrem Bestand gesichert werden. Naturhafte Elemente sollen als Merkzeichen erhalten und neu geschaffen werden. Historische Grünräume, wie etwa der Park Mansfeld, sollen ihrem kunst- und kulturgeschichtlichen Wert entsprechend wieder hergerichtet werden.

Wasserläufe und Wasserflächen sollen in ihrem Wirkungsgefüge und Erscheinungsbild erhalten werden, während Grünräume gezielt zur Verbesserung der stadtklimatischen Verhältnisse einzusetzen und aus diesem Grunde zu erhalten sind.

Bäume binden, solange sie leben, Staub und CO₂. Sie sind für die Luftqualität einer lebenswerten Stadt unverzichtbar. Ihr Bestand muss erhalten und regeneriert werden. Mehrreihige, mehrstufige Pflanzungen sind zur Minderung von Lärm, insbesondere Straßelärm, gezielt einzusetzen. Ihre Wirksamkeit kann durch die Kombination mit einem Erdwall beträchtlich erhöht werden.

Die Schulvorplätze und Pausenhöfe sollen « klimafit » umgestaltet werden und zu Freizeitoasen für Schulkinder und Anrainer werden. Hierbei könnten durchaus auch Freiluftklassen eingerichtet werden.

Attraktive Schrebergärten sollen in jedem Stadtgebiet eingerichtet und insbesondere den Bewohnern von sterilen Wohnsilos zur Bewirtschaftung kostengünstig angeboten werden.

Die Fassadenbegrünung aller öffentlicher Gebäude, besonders aber der Schulen, sollte auf ihre Machbarkeit hin überprüft werden. Private Fassadenbegrünungen sollten von der Stadt gefördert werden.

In den neuen Siedlungsgebieten sollten alle Verkehrswege als Alleen ausgebaut werden. Eine derartige Bepflanzung sollte mittel- bis langfristig für alle Straßenführungen angestrebt werden. In diesem Sinn ist die Avenue Pasteur auf Limpertsberg zwingend neu zu gestalten.

Fotovoltaik und Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung gehören auf jedes Dach kommunaler Bauten. Privatinstallationen sollen verstärkt gefördert werden. Neue Siedlungsgebiete sollen als energieautarke Stadtviertel gebaut werden, derweil die Stadt Luxemburg zur CO₂-neutralen Stadt werden soll. Eine Studie soll aufzeigen, wo Geothermie gefahrlos und wirtschaftlich genutzt werden kann.

Versiegelte Flächen und Dachflächen sollen möglichst nicht mehr an das öffentliche Kanalsystem angeschlossen werden. Das Regenwasser soll vielmehr als „Grauwasser“ genutzt werden. Das überflüssige Wasser soll durch Sickerschächte auf dem Grundstück dem Grundwasser zugeführt werden. Das Neubaugebiet « Nonnenwiesen » in Esch/Alzette ist im Bereich der Behandlung des Niederschlagwassers ein Vorzeigeprojekt. Bei neuen und bestehenden Siedlungsgebieten sollen für die Behandlung des Schmutzwassers verstärkt lokale BIO-Kläranlagen zum Einsatz kommen.

Die Bürgerbeteiligung bei den erneuerbaren Energien muss gestärkt werden, sei es in Form von Genossenschaften, an denen sich die Bürger eines Stadtteils beteiligen und engagieren können, oder in Formen des Crowdfundings. Solarpark-Kooperativen existieren schon seit langem, solche Konzepte sollten weiter ausgebaut, unterstützt und gefördert werden.

Die Wohnbevölkerung und die Besucher der Hauptstadt sollen ständig die Möglichkeit haben, ihre Freizeit zur Erholung und Sportausübung zu nutzen. Hier bedarf es eines vielfältigen Angebotes an Räumen und Infrastrukturen.

Die Möglichkeit der sportlichen und spielerischen Betätigung muss ohne den Zwang einer Vereinszugehörigkeit gegeben werden. Turnsälen, Sporthallen und Sportflächen, aber auch die zahlreichen Schwimmbäder, sollen zu diesem Zweck der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Spielstraßen und Spielhäuser, als Freizeit- und Kommunikationsraum, sollen errichtet werden. Die Stadt Luxemburg benötigt zwingend mindestens ein Freibad, besser noch ein Kombinationsbad (Hallen- und Freibad).

MOBILITÄT

Eigentliche Zielsetzung einer erfolgreichen modernen Verkehrspolitik ist die Vermeidung von Verkehr durch eine zukunftsfähige intelligente Stadtplanung. Der übrigbleibende Verkehr ist anschließend optimal zu führen und zu strukturieren.

Vor allem der Durchgangsverkehr schmälert die Lebensqualität in vielen Vierteln der Stadt Luxemburg. Durch den Ausbau von P&R-Möglichkeiten und des öffentlichen Transports sowie Fußgänger- und Fahrradwegen kann dieser erheblich reduziert werden. Parkmöglichkeiten für Einwohner müssen im nahen Umfeld erhalten bleiben.

Eine intelligente « MODAL-SHIFT-POLITIK » wird einen Paradigmenwechsel im Mobilitätsverhalten der Menschen herbeiführen. Parallel zur Einrichtung von Park & Ride-Anlagen, haben sich auch Park & Bike-Anlagen als zielführend erwiesen. Allgemein soll eine nahtlos verknüpfte Wegekette aus verschiedenen Verkehrsmitteln angestrebt werden. Fahrradwege und Fußgängerwege müssen im Sinne einer sicheren Fortbewegung ohne Auto weiter ausgebaut und modernisiert werden.

Ampelanlagen sollten auf das Nötigste reduziert und mit einer Vorrangschaltung für Rad- und Fußverkehr ausgestattet werden. Bei Niederschlag, von Sensoren erfasst, soll die Wartezeit für Fußgänger und Radfahrer wesentlich reduziert werden. Sämtliche Ampeln der Stadt sollen am Abend auf orange-blinkend umgestellt werden. Zudem sollen alle bestehenden rote Wellen auf den Hauptverkehrsstrassen eliminiert und durch grüne Wellen ersetzt werden. Auch soll eine Entrümpelung des Schilderwaldes in der Hauptstadt durchgeführt werden.

Die Umsteigepole des öffentlichen Transports sollen komplett überdacht und kundenfreundlicher organisiert werden.

Flächendeckende 30er Zonen ergeben keinen Mehrwert. Verkehrsberuhigung muss durch bauliche Maßnahmen erreicht werden. 30er Zonen gehören demnach in Stadtgebiete, wo Schulen, Altersheime und Wohngebiete eine Beruhigung des Verkehrs notwendig machen. Diese Zonen müssen durch schmalere Straßen und Einbahnverkehr ergänzt werden. Auch Fahrrad- und Fußgängerwege gilt es in diesen Zonen so einzurichten, dass ein sicheres Fortbewegen garantiert ist. Demgegenüber bleiben 50er Zonen erhalten, wo ein schnellerer Verkehrsfluss Sinn ergibt. Der Verkehr vom Stadtäußeren ins Stadttinnere muss besser aufgefangen und auf große Parkflächen umgeleitet werden.

Eine Binsenwahrheit besagt, dass sich mit guter Planung der gesamte Lebensbereich aller Menschen anpassen lässt. In diesem Sinn sollte die Stadt Luxemburg konsequent barrierefrei werden. Bürger mit körperlichen Einschränkungen begegnen immer noch zu vielen Herausforderungen in ihrem Alltag. Wege und Gebäude müssen so geplant und modernisiert werden, dass der Zugang und die Benutzung für alle möglich ist.

Allgemein müssen auch im Falle von Bauarbeiten, Fuß- und Fahrradwege so eingerichtet werden, dass Fahrräder, Fußgänger, Familien mit Babykutschen und Menschen mit Rollstuhl sich weiter gefahrenfrei bewegen können.

GLEICHE BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE

Das Angebot an Bildungseinrichtungen soll darauf ausgerichtet sein, dass die gleichen Bildungschancen in allen Stadtvierteln offengehalten werden.

Die Konzentration von Bildungseinrichtungen wie z.B. auf dem Limpertsberg soll mittel- bis langfristig entflechtet und zukünftig vermieden werden. Bildungseinrichtungen müssen über das gesamte Stadtgebiet verteilt sein.

Die Schaffung von ausreichend Wohnmöglichkeiten für Studierende ist eine dringliche Aufgabe für die Stadtplanung.

In allen Stadtquartieren ist eine Vollversorgung mit Kindertagesstätten anzustreben, wobei die Eltern vermehrt in die Funktionsweise einzubeziehen sind. Bestehende Infrastrukturen sollen den immer weiterwachsenden Anforderungen angepasst werden. Das Angebot an sogenannten „Bësch-Crèches“ soll ausgebaut werden.

GEMEINDEFUSIONEN

Die kommunale Verwaltung steht immer mehr vor hohen Herausforderungen. Diese ergeben sich hauptsächlich aus der Dynamik der ökonomischen und politischen Prozesse, der Erwartungshaltung der Wirtschaft und der Bewohner an transparente, effiziente und bürgernahe Entscheidungsprozesse, der demographischen Entwicklung und des zunehmenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst.

Komplizierte Verwaltungsabläufe führen zu extrem langen Entscheidungsprozessen, beschränken die Transparenz und verursachen zusätzliche Kosten. Die Kommunalstruktur und deren Finanzierung sind nicht mehr zeitgemäß.

Über die Jahre ist über die Stadt Luxemburg hinaus eine bauliche Einheit entstanden, die sich bis an die Grenzen der Randgemeinden der Stadt erstreckt. Dienstleistungen, Verwaltungen und deren Prozeduren, Mobilitätsorganisation und Energieversorgung sollten dieser Tatsache Rechnung tragen können, eben auch institutionell. Die Stadt Luxemburg selbst ist vor rund hundert Jahren durch eine Fusion von Gemeinden entstanden.

Heute sollte über eine Fusion der Gemeinden Luxemburg, Walferdingen, Strassen, Bartringen und Hesperingen nachgedacht werden. Eine Vorstufe hierzu würde eine „communauté urbaine“ darstellen, die über eigene Zuständigkeiten in den eben erwähnten Bereichen verfügt und eigene politische Beschlussorgane besitzt.

HAUSHALTWESEN UND FINANZEN

Die Stadt soll sich verstärkt um ihre gesetzlich festgelegten Pflichtaufgaben kümmern. Vieles, was zu einem bestimmten Erscheinungsbild der Stadt beiträgt, ist nicht notwendigerweise auch sinnvoll – besonders, wenn die Kernaufgaben einer metropolen Stadtverwaltung darunter leiden. Kostenintensive Fakultativaufgaben sollten eingehend auf ihren Nutzen hin überprüft werden.

Der nahezu pathologische Ausgabendrang der einzelnen Dienststellen, insbesondere hinsichtlich ihres Fuhrparks, soll rigoros eingeschränkt werden.

Stellplätze für Weihnachtsmärkte, Kirchweihfeste (Kirmes) usw. sollen öffentlich ausgeschrieben werden.

Sämtliche Einsparungen der kommunalen Ausgaben sollen ihren Niederschlag in einer Reduzierung der Taxen, Abgaben und Steuern finden.